



„Gehören Sie noch zu den Medien oder sind Sie jetzt reine Propaganda?“

Schon am ersten Tag nach der Amtseinführung von Donald Trump sah sich die Voice of America mit solchen Kommentaren konfrontiert. Auslöser waren Tweets der Redaktion mit kurzen Videos: Ausschnitte aus dem ersten Auftritt des Pressesprechers des Weißen Hauses, Sean Spicer - eben jene Äußerungen, die am nächsten Tag von der Trump-Beraterin Kellyanne Conway als „alternative Fakten“ verteidigt wurden.

Anderen Sendern hätte man solche Tweets wohl ohne weiteres als unkommentiertes Originalmaterial abgenommen, das dem eigenen Urteil des Publikums überlassen bleibt. Im Falle der VOA ist allerdings die Decke der Glaubwürdigkeit sehr dünn, wie sich hier auf geradezu dramatische Weise zeigt; geschuldet der ganzen Konstruktion des Hauses, die ein Journalist der VOA unlängst als „inhärente Schizophrenie“ bezeichnete.

Zur anschließend betriebenen Schadensbegrenzung gehörte ein Statement der VOA-Direktorin Amanda Bennett gegenüber der „New York Times“. Sie beteuerte, es habe „keine Anweisungen oder Beeinflussungen seitens der Trump-Administration gegeben“ - und warf gleich neue Fragen auf, indem sie die Löschung mehrerer Artikel aus dem Internetangebot der VOA zugab. Der Grund: Sie enthielten keine Stellungnahme des Weißen Hauses zum jeweiligen Thema.

Die so publik gewordene Weisung, grundsätzlich nur noch Beiträge mit solchen Stellungnahmen zu veröffentlichen, mündete nach Darstellung der Zeitung „Politico“

Bild oben: Reaktionen auf Twitter zu den Spicer-Videos der VOA. Quelle: VOA.

umgehend in eine ausgeprägte Selbstzensur. Ein ehemaliges Mitglied des Broadcasting Board of Governors wurde gegenüber dem Blatt sehr deutlich:

„Die versuchen ganz klar, an der Seite ihrer neuen Bosse zu stehen, um ihre Jobs zu behalten. Sollten sie damit anfangen, das hier zur Prawda zu machen, werden sie noch nicht einmal dazu aufgefordert worden sein.“

Weiter angeheizt wurde die Unruhe schon am 23. Januar durch das Auftauchen zweier „Transition Officials“, die sich in den Büros der Geschäftsleitung niederließen. Nun ist das allein noch nichts Ungeöhnliches; auch die Obama-Regierung entsandte bei ihrem Antritt 2009 solche „Transition Officials“, was einmal mehr zeigt, wie weit es mit der Unabhängigkeit der VOA wirklich her ist.

Bemerkenswert ist allerdings, wer da jetzt in der Chefetage eines so großen Medienunternehmens sitzt: Junge Männer namens Matthew Ciepielowski und Matthew Schuck, die erst 2011/2012 ihr Studium beendet hatten. Schuck gehörte bis 2015 zur Redaktion des rechtspopulistischen Internetportals „Daily Surge“. Ciepielowski kann gerade mal eine Studentenzeitung als eigene journalistische Praxis vorweisen.

An Relevanz gewinnen diese Personalien durch einen Schwebezustand, in dem sich der Auslandsrundfunk der USA derzeit befindet. Zwar hatte Barack Obama am 23. Dezember das jährliche Routinegesetz unterzeichnet, mit dem das Broadcasting Board of Governors zu einem Beirat ohne effektive Befugnisse degradiert werden sollte (Radio-Kurier 1/2017).

Dabei versah Obama das Gesetz jedoch mit einem Vorbehalt, mit dem er genau diese - von seiner Regierung ursprünglich mitgetragene - Neuregelung als Eingriff in seine verfassungsmäßigen Rechte beanstandete. Dies kann sich nur auf die Bestimmungen beziehen, auf deren Grundlage der Geschäftsführer Lansing und die Mitglieder des nunmehrigen „Advisory Board“ bis zur Ernennung von Nachfolgern im Amt bleiben sollen.

Zu einer Klärung kam es in den letzten vier Wochen der Amtszeit von Obama natürlich nicht mehr. Tatsächlich dürften dessen plötzliche Vorbehalte auch nicht auf neu bezogenen Rechtspositionen beruhen, sondern einzig darauf, dass entgegen allen Erwartungen nicht Hillary Clinton seine Nachfolge angetreten hat. Für die Bedenken verschiedener Kritiker gilt das allerdings nicht.

Diese Bedenken haben die neokonservativen Kreise, von denen die Initiative zur Abschaffung des Broadcasting Board of Governors ausgegangen war, gerade wieder als „Panik“ abgetan. Hierzu verweist der schon zitierte „Politico“-Beitrag auf die Erfahrungen mit Kenneth Tomlinson, dem 2002 von George W. Bush (also eben jenem neokonservativen Lager) eingesetzten BBG-Vorsitzenden.

Tomlinson wurde vorgeworfen, Vetternwirtschaft und eine regelrechte Säuberung der VOA von angeblicher linksliberaler Einseitigkeit zu betreiben. Er habe darauf hingewirkt, in den Programmen ein positives Bild der Bush-Regierung und der Republikanischen Partei zu zeichnen. Speziell beim Thema Irak soll Tomlinson auch nicht vor direkten Eingriffen in die redaktionelle Arbeit zurückgeschreckt sein.

Regelrecht die Maske fallen ließ unterdessen der hier schon öfters (erst zuletzt im Heft 2/2017) zitierte Blog „BBG Watch“. Als vorläufiger Höhepunkt einer bereits seit längerem zu beobachtenden Radikalisierung erschien dort am 22. Januar ein Beitrag, der direkten Bezug auf das Antrittsstatement von Sean Spicer nahm. Dieser „Kommentar“ ist nichts weniger als eine unverhohlene Drohung in Richtung liberal eingestellter Personen.

Kai Ludwig

